

Friedensinitiative Schorndorf, c/o Detlef Beune
Birkenallee 50, 73655 Plüderhausen
E-Mail: dbeune@web.de

Friedensinitiative Schorndorf

An den Oberbürgermeister der Stadt Schorndorf
An die Fraktionsvorsitzenden der Gemeinderatsfraktionen
An alle Mitglieder des Schorndorfer Gemeinderats

Schorndorf, 05.02.2020

ICAN-Städteappell zur Unterstützung des Atomwaffenverbotsvertrags

Sehr geehrte....,

Was bedeutet ICAN?

ICAN steht für „International Campaign to Abolish Nuclear weapons“ (Internationale Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen). ICAN ist ein globales Bündnis von über 450 Organisationen in 100 Ländern. Dieses internationale Bündnis hat den Prozess zum UN-Vertrag für ein Atomwaffenverbot mit auf den Weg gebracht und wurde dafür 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Was ist der Atomwaffenverbotsvertrag?

Seit Jahren verweigern die Atommächte eine Abrüstung ihrer Nuklearwaffenarsenale. Erstmals nehmen das die atomwaffenfreien Staaten nicht mehr hin. Am 7. Juli 2017 haben in der UN-Vollversammlung in New York 122 Staaten für ein Abkommen zum Verbot von Atomwaffen gestimmt. Der Vertrag verbietet Staaten, Atomwaffen zu testen, zu entwickeln, zu produzieren und zu besitzen. Außerdem sind die Weitergabe, die Lagerung und der Einsatz sowie die Drohung des Einsatzes verboten. Weiterhin wird den Staaten die Stationierung auswärtiger Atomwaffen auf eigenem Boden verboten.

Aktuell ist der Vertrag von über 80 Staaten unterzeichnet und bereits von 34 ratifiziert worden. Sobald 50 Staaten den Vertrag unterzeichnet und ratifiziert haben, kann er rechtlich in Kraft treten und somit offiziell Teil des Völkerrechts werden. Ein Atomwaffenverbot wäre auch ohne die Beteiligung der Atomwaffenstaaten wirksam. Atomwaffen würde die Legitimität abgesprochen. Sie ständen auf der gleichen rechtlichen Stufe wie Bio- und Chemiewaffen, die bereits verboten sind. Die Atommächte würden durch das Verbot unter Druck gesetzt.

Wie verhält sich Deutschland zum Atomwaffenverbotsvertrag?

Deutschland ist bisher dem Vertrag nicht beigetreten, obwohl noch immer ca. 20 US-amerikanische Atombomben in Büchel lagern, die im Ernstfall von deutschen Soldaten mit deutschen Kampfbomben ins Ziel geflogen werden sollen. Dieser Zustand ist auf Grund der verheerenden humanitären Konsequenzen im Fall eines Einsatzes völlig unerträglich.

Dazu kommt, dass seit der Kündigung des INF-Vertrags eine Stationierung zusätzlicher Atomwaffen in Europa und somit ein neues atomares Wettrüsten mit unabsehbaren Konsequenzen droht.

Wenn Deutschland weiterhin die Verhandlungen blockiert, verstößt es gegen Artikel VI des Atomwaffensperrvertrags. Dieser sieht vor, dass mit redlicher Absicht Verhandlungen zur vollständigen Abrüstung der Atomwaffen geführt werden müssen.

Warum geht dieses Thema auch Städte und Gemeinden an?

Atomwaffen stellen eine besondere Bedrohung für Städte dar. Sie sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs. Damit sind Städte direkt betroffen und sollten sich deshalb in die Diskussion zu dieser Frage einmischen. Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen und Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen.

Das Engagement von Städten ist wichtig, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit diese auf den Willen der Bevölkerung achtet. Wenn Städte die Regierung dazu auffordern, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten, ist dies eine spürbare Mahnung, dass die hier in Deutschland lebende Menschen Massenvernichtungswaffen ablehnen. Die Bundesregierung ignoriert diese Sicht bisher.

Der von der ICAN in ihrem Städteappell vorgeschlagene Text für Städte und Gemeinden lautet:

“Unsere Stadt/unsere Gemeinde ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“

Unter <https://www.icanw.de/ican-staedteappell/> gibt es weitere Informationen zum ICAN-Appell, der bisher von 80 deutschen Städten und 5 Landkreisen (u.a. vom Ostalbkreis) unterzeichnet wurde.

Wir bitten Sie, sich dafür einzusetzen, dass die Stadt Schorndorf sich dieser wichtigen Initiative anschließt und den ICAN-Städteappell unterzeichnet.

In Erwartung Ihrer Antwort

Mit freundlichen Grüßen



Detlef Beune

Anlagen:

- Beschluss des Kreistags des Ostalbkreises vom 15.10.2019
- Beschluss des Würzburger Stadtrats vom 14.11.2019